



Pakistanische Taliban greifen Flughafen an

Nach Attentat sind Friedensgespräche wohl beendet

Bei einem Attentat auf den pakistanischen Flughafen von Karachi sind über 19 Personen ums Leben gekommen. Die Taliban haben sich zur Tat bekannt.

Andrea Spalinger, Delhi

Mit einem aufsehenerregenden Angriff auf den internationalen Flughafen in Karachi haben die pakistanischen Taliban in der Nacht auf Montag einmal mehr deutlich gemacht, dass sie am Frieden nicht interessiert sind. Zehn Extremisten waren kurz vor Mitternacht in ein vor allem für Cargo-Flüge und Privatjets von VIP benutztes Terminal eingedrungen. Sie waren mit Maschinenpistolen, Granatwerfern, Bomben und Sprengstoff-Westen ausgerüstet und lieferten den Sicherheitskräften über zwölf Stunden lang heftige Gefechte. Die ganze Nacht über kam es immer wieder zu Explosionen, und über dem Gelände hingen dicke Rauchschwaden. Am frühen Morgen gab die Flughafenpolizei Entwarnung, doch kurz darauf kam es erneut zu Schiessereien. Erst gegen Mittag war die Lage schliesslich unter Kontrolle.

Bei dem Angriff kamen neben den Attentätern 19 weitere Personen ums Leben, die meisten von ihnen Sicherheitsleute und Mitarbeiter von Fluggesellschaften. Der Flughafen war umgehend geschlossen und alle Flüge umgeleitet worden. Einige Passagiere sasssen in Maschinen aber stundenlang auf dem Flugfeld fest. Der Chefminister der

Provinz Sindh, Qasim Ali Shah, erklärte, die Angreifer seien gut vorbereitet und ausgerüstet gewesen. Laut einem ersten Bericht aus Sicherheitskreisen hatten die Attentäter allerdings geplant, alle Flugzeuge zu zerstören und den Flugbetrieb zum Erliegen zu bringen. Das ist ihnen nicht gelungen.

In Karachi verstecken sich seit vielen Jahren hochrangige Extremistenführer. In jüngster Zeit sind aber auch immer mehr Fusssoldaten aus dem unsicheren westlichen Grenzgebiet zu Afghanistan in die südliche Finanz- und Hafenmetropole gezogen. Karachi ist damit noch instabiler geworden. Nach Polizeiangaben waren einige der Attentäter vom Montag usbekischer Herkunft. Die Tehrik-e Taliban Pakistan (TTP) habe sich zu dem Attentat bekannt. Diese sei ein Racheakt für den Mord an ihrem Anführer Hakimullah Mehsud gewesen, der im November bei einem amerikanischen Drohnenangriff getötet worden sei, sagte ein Sprecher der Gruppe gegenüber Reuters. Weitere spektakuläre Attacken würden folgen, drohte er.

Nawaz Sharif hatte die Wahlen im letzten Jahr mit dem Versprechen gewonnen, Frieden mit den Taliban zu schliessen. Im Februar hat seine Regierung Gespräche mit der in Waziristan beheimateten Terrorgruppe aufgenommen. Wie viele frühere Versuche hat auch dieser aber wenig gefruchtet. Die Taliban haben die Waffenruhe nur dazu genutzt, sich neu zu gruppieren und aufzurüsten. Fast täglich kommt es in Pakistan zu neuen Anschlägen. Nach dem jüngsten Vorfall ist ein Friedenskurs wohl kaum mehr zu rechtfertigen.

Kompetenzen überschritten?

Kantonsratskommission erhebt schweren Vorwurf gegen Regine Aeppli

abt. · Regine Aeppli soll am 17. September 2012 ihre Kompetenzen überschritten haben, als sie Rektor Andreas Fischer aufgefordert habe, SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli als Mitarbeiter der Universität zu entlassen. Dies hält der am Sonntag vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangte Bericht der kantonsrätlichen Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit zur Affäre Mör-

geli fest. Aeppli selber bestreitet den von andern Sitzungsteilnehmern bestätigten Vorwurf. Man habe auch die Kündigung thematisiert, aber es gebe keine Hinweise, dass Fischer dies als Anweisung verstanden habe. Die SVP nutzte am Pfingstmontag den Bericht, um einmal mehr Aepplis Rücktritt zu fordern.

Zürich und Region, Seite 13
Kommentar Seite 13

Brasilien blickt der WM verhalten entgegen

Die Vorfreude auf die WM hält sich im Gastgeberland in Grenzen – Protest prägt das Bild

ks. · Am Donnerstag beginnt in Brasilien die Fussball-WM. Das Land ist gespalten: Neben Vorfreude herrscht vor allem auch Unmut, denn einem immer aufgeklärteren Volk wird bewusst, was alles möglich wäre in seinem Land. Während der Staat für das Turnier Mil-

liarden ausgibt, bleiben die Missstände im Land bestehen. Spitäler und Schulen sind miserabel, die Kriminalität ist nach wie vor hoch und die Politik durch Korruption gelähmt. Die Wirtschaft stagniert; nicht einmal während der Weltwirtschaftskrise waren die Aussichten so

negativ wie derzeit. Auch die WM wird ökonomisch eher schaden als Gutes tun. Für die Brasilianer bietet die WM deshalb vor allem Anlass dazu, der politischen Klasse den Spiegel vorzuhalten.

International, Seite 5
Wirtschaft, Seite 19

Kasachische Fehde auf Schweizer Grund

Verdacht auf Spionage

ks. · Die Bundesanwaltschaft hat ein Strafverfahren eröffnet, bei dem wegen Spionage auf Schweizer Boden ermittelt wird. Der Fall dreht sich rund um die kasachische Familie Chrapunow, die seit 2008 in Genf im Exil lebt. Diese wurde laut eigenen Angaben mehrfach Opfer von Spionage. Verdächtigt wird der kasachische Geheimdienst. Dies ist ein weiteres Kapitel einer erbitterten Fehde zwischen kasachischen Familien-Clans.

Schweiz, Seite 9

Österreichs Weg in die EU

Kraftakt der grossen Koalition

C. Sr. · Am 12. Juni 1994 stimmte eine Mehrheit der österreichischen Wähler für den Beitritt ihres Landes zur EU. Es war ein Sieg der grossen Koalition, der in seiner Bedeutung mit der Wiedererlangung der Souveränität 1955 verglichen wird. Der Beitritt war allerdings nicht unumstritten. Dagegen waren nicht nur die Freiheitlichen von Jörg Haider, sondern auch die Grünen. Heute ist die Euphorie von damals verfliegen.

International, Seite 7

Ledige Väter werden zur Kasse gebeten

Unterhaltsrecht vor Nationalrat

ks. · Der Nationalrat wird nächste Woche das neue Unterhaltsrecht verhandeln. Dieses sieht vor, dass ledige Männer künftig nicht nur Kinderalimente zahlen, sondern auch die Ex-Freundin finanziell unterstützen müssen. Wie lange dies gefordert würde, ist noch nicht klar. Würde die Regelung übernommen, welche für verheiratete Väter gilt, erstreckten sich die Zahlungen über Jahre hinweg.

Schweiz, Seite 9

WETTER

Zunächst sonnig, später Gewitter

Zunächst meist sonnig, im Laufe des Tages Quellwolken und in der zweiten Tageshälfte zunehmend gewitterhaft, zuerst in den Bergen, später auch im Flachland. Temperaturen 16 bis 30 Grad. Zum Teil kräftige Gewitter möglich. Schwach windig. In Gewitternähe heftige Böen.

Seite 45

BÖRSEN UND MÄRKTE

EZB-Paket mit geringer Wirkung

An der Effizienz der jüngsten Massnahmen der EZB wird gezweifelt. Die Idee einer Stärkung des ABS-Marktes aber stößt auf geringe Interesse.

FOKUS DER WIRTSCHAFT

Wenn Kokosnüsse die Wirtschaft tragen

Seite 23

SPORT

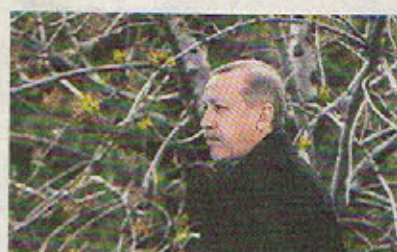
Trainingsalltag der Schweizer Fussballer

Seite 36

FEUILLETON

Kulturelle Bildung: Macht Schönheit frei?

Gegängelte Medien



Investitionen ins Mediengeschäft lohnen sich in der Türkei auch deshalb, weil man so besser an die Vergabe von Aufträgen herankommt. Dies sagen Kritiker der türkischen Regierung. Sie werfen dieser vor, dass seit ihrer Machtübernahme Zensur und Selbstzensur

ANZEIGE

Cartier

Ballon Bleu de Cartier
Kollektion 33 mm, Automatikwerk



cartier.ch

Eine kasachische Fehde beschäftigt die Bundesanwaltschaft Seite 9

Das neue Unterhaltsrecht belastet vor allem ledige Väter Seite 9

Der Beginn einer neuen Fussball-Ära in Lausanne Seite 11

Frühere Uhrenateliers werden auf Radioaktivität untersucht Seite 11

Kasachstan unter Spionageverdacht

Bundesanwaltschaft führt ein Strafverfahren wegen mutmasslicher Verbrechen gegen den Schweizer Staat

Der kasachische Herrscher und Regimegegner liefern sich eine erbitterte Fehde am Genfersee. Jetzt gibt es sogar Verdachtsmomente für kasachische Spionage in der Schweiz. Die Bundesanwaltschaft untersucht.

Markus Häfliger, Bern

Eine seit Jahren andauernde Fehde zwischen mehreren kasachischen Oligarchen-Clans beschäftigt zunehmend die Schweizer Strafverfolger. Die Bundesanwaltschaft (BA) verfügt offensichtlich über Anhaltspunkte, dass ausländische Akteure – mutmasslich in kasachischem Auftrag – in der Schweiz illegal tätig geworden sind. Sie hat in dieser Sache ein Strafverfahren eröffnet.

Gemäss offiziellen Dokumenten der BA geht es um mutmassliche «Verbrechen und Vergehen gegen den Schweizer Staat und die Landesverteidigung». Unter diesem Titel zusammengefasst sind im Schweizer Strafgesetzbuch Tatbestände wie Wirtschaftsspionage, militärischer Nachrichtendienst und Handlungen für einen fremden Staat. Die Bundesanwaltschaft gibt zu dem Fall keinerlei Informationen – «mit Blick auf Amts- und Untersuchungsgeheimnis», wie eine BA-Sprecherin mitteilt.

Die vorliegenden Dokumente zeigen jedoch, dass sich das Verfahren im Dunstkreis der kasachischen Familie Chrapunow befindet, die seit 2008 am Genfersee im Exil lebt. Der heute



Wehe seinen Gegnern: Kasachstans Präsident Nasarbajew bei der Inauguration nach seiner Wiederwahl 2011. SERGEI BONDARENKO / AP

Kasachstan seit 24 Jahren mit eiserner Hand regiert. Ein Asylgesuch der Chrapunows ist in Bern hängig.

GPS-Sender und Viren

Der epische Kampf zwischen dem Chrapunow-Clan und dem Nasarbajew-Regime war schon vorher verworren genug (vgl. Zusatzartikel). Doch jetzt kommt auch noch der Spionageverdacht ins Spiel. Mehrere Personen aus dem Schweizer Umfeld der Chrapunows haben Strafanzeige eingereicht mit dem Vorwurf, sie seien in der Schweiz ausespioniert worden, ihre Computer seien gehackt und mit Spionage-Programmen infiziert worden. Diese Programme seien jeweils von gefälschten E-Mail-Adressen und unter Tarnnamen verschickt worden, die offensichtlich speziell auf die Chrapunow-Entourage zu-

Clan-Krieg mit harten Bandagen

hü. Bern · Der Kampf zwischen der Familie Chrapunow und dem kasachischen Regime wird mit allen Mitteln ausgetragen. Die kasachische Justiz führt gegen die Chrapunows ein Strafverfahren und schickte im Februar 2012 ein Rechtshilfegesuch nach Bern. In der Folge eröffnete die Genfer Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Verdachts auf Geldwäscherei. Chrapunow wurde seither mehrmals einvernommen. Bis heute seien die Chrapunows aber nicht formell beschuldigt, sagt der zuständige Staatsanwalt Jean-Bernard Schmid.

Am 13. Mai 2014 hat die kasachische Stadt Almaty zudem bei einem Bezirksgericht in Los Angeles Zivilklage gegen Chrapunow und seine Familie eingereicht; die Stadt wirft ihrem Ex-Bürger-

meister vor, sich illegal aus der Stadtkasse bereichert zu haben. Offenbar klagt Almaty in den USA, weil die Chrapunows dort Vermögenswerte besitzen.

Die Chrapunows ihrerseits haben in Genf eine Strafanzeige gegen die Tochter von Nursultan Nasarbajew eingereicht, die ebenfalls in Genf lebt. Sowohl Wiktor als auch seine Frau Leila betreiben im Internet je eine Website, auf denen sie das Regime attackieren. 2013 rechnete Chrapunow von seinem Genfer Exil aus in einer 240-seitigen Kampfschrift mit dem kasachischen Langzeit-Herrscher Nursultan Nasarbajew ab. Im Buchtitel spricht Chrapunow die westlichen Partner Kasachstans direkt an, zu denen auch die Schweiz zählt: «Nasarbajew, euer Freund, der Diktator.»

geschnitten gewesen seien. Schon 2010 wollen Chrapunows Sohn und Schwiegertochter in Genf einen GPS-Spionage-Sender in ihrem Auto entdeckt haben. Anfang 2013 reichten ein Genfer Anwalt der Familie sowie Wiktor Chrapunow selber je eine Strafanzeige ein mit dem Vorwurf, Unbekannte hätten ihre Computer manipuliert.

Bundesanwalt übernimmt

Gestützt auf diese Strafanzeigen hat der Genfer Staatsanwalt Jean-Bernard Schmid ein Strafverfahren eröffnet. Die Genfer Polizei führte Ermittlungen durch. Anfang 2014 musste Schmid den Fall jedoch an die Bundesanwaltschaft abtreten, wie er bestätigt. Carlo Bulletti, Leitender Staatsanwalt des Bundes für Staatsschutz, übernahm den Fall. Da es sich um mutmassliche Verbrechen gegen den Staat handle, sei die Bundesanwaltschaft zuständig, schrieb Bulletti am 7. Januar 2014 nach Genf.

Die angeblichen Hackerangriffe gehen derweil weiter. Wie erst jetzt bekannt wird, hat Marc Comina, der Kommunikationsberater der Chrapunows, im März 2014 eine vierte Strafanzeige eingereicht, und zwar bei der Waadt-Länder Staatsanwaltschaft. Laut eigenen Angaben hat Comina einen E-Mail-Anhang mit dem Namen «HowFarWillNazarbajewGo.zip» geöffnet. Abklärungen hätten dann gezeigt, dass der Anhang ein Spionage-Programm auf seinem Computer installiert habe. Comina mutmasst, der kasachische Geheimdienst stehe hinter dem Angriff auf seinen Computer.

Ein Partner der Schweiz

Auch dieser Fall liegt inzwischen in Bern. Der Waadtländer Staatsanwalt Jean Treccani kam nach einer ersten Analyse zum Schluss, es könnte sich um wirtschaftlichen oder politischen Nachrichtendienst handeln, und schaltete unverzüglich die Bundesanwaltschaft ein.

Für die offizielle Schweiz ist die kasachische Fehde auf Schweizer Territorium nicht unproblematisch. Kasachstan gehört zur Schweizer Stimmrechtsgruppe beim Währungsfonds. Zudem importiert die Schweiz substanzielle Mengen Rohöl aus Kasachstan.



Wiktor Chrapunow
Ex-Minister Kasachstans

65-jährige Wiktor Chrapunow war einst kasachischer Minister und Bürgermeister der Millionenstadt Almaty. 2008 hatte sich das (heute geschiedene) Ehepaar Chrapunow jedoch mit Präsident Nursultan Nasarbajew überworfen, der

Ledige Väter kommen an die Kasse

Das neue im Nationalrat traktandierete Unterhaltsrecht bringt – namentlich für Männer – einschneidende Änderungen

Wer ohne Trauschein Vater wird, muss der ledigen Mutter fortan das Leben finanzieren – möglicherweise während Jahren. Aber auch für geschiedene Eltern kann es wegen des neuen Unterhaltsrechts zu finanziellen Änderungen kommen.

Katharina Fontana

Will sich ein Paar scheiden lassen, wird meist über zwei Punkte gestritten: über die Betreuung der Kinder und über das Geld. Mit dem gemeinsamen Sorgerecht, das ab Anfang Juli gilt, sollen die Männer künftig gleich viele Rechte haben wie die Frauen und nicht mehr auf die Rolle des Zahlvaters reduziert werden. Das neue Unterhaltsrecht, das der Nationalrat nächste Woche als Erstes behandeln wird, regelt die Frage, wer nach der Trennung wie viel zahlen

beschlossen werden, wenig Freude haben. Das gilt ganz speziell für ledige Väter, eine Gruppe, deren Zahl stetig zunimmt – bereits heute wird jedes fünfte Kind in eine Familie ohne Trauschein hineingeboren.

Mehrere tausend Franken

Wer unverheiratet Vater wird, wird künftig im Fall der Trennung mit den bisherigen Kinderalimenen nicht mehr davonkommen, sondern deutlich tiefer in die Tasche greifen müssen. So ist vorgesehen, dass der Betreffende nicht mehr nur das Kind, sondern neu auch die ledige Mutter finanziell zu unterstützen und sie für den zeitlichen Aufwand, den die Betreuung des Kindes verursacht, zu entschädigen hat. Mit diesem Geld soll es der Frau möglich sein, sich nach der Trennung vom Kindsvater wie bis anhin um das gemeinsame Kind zu kümmern – ohne sich sofort um eine Arbeitsstelle bemühen zu müssen. Dies

Bundesamt für Justiz wird sich der Beitrag im Rahmen des Existenzminimums der Mutter bewegen. Damit liegt er zwar tiefer als der Unterhalt, den geschiedene Frauen von ihren Ex-Männern beanspruchen können, beläuft sich aber immer noch auf mindestens mehrere tausend Franken jährlich.

Wie lange ein lediger Vater seine Ex-Freundin fortan unterstützen muss, wird im Unterhaltsrecht selber nicht gere-

gelt. Diese heikle Frage werden die Gerichte entscheiden müssen. Im – aus Sicht der Väter – schlechtesten Fall wird die Praxis die rigide Regelung übernehmen, die das Bundesgericht heute für verheiratete Eltern anwendet. Demnach müsste die ledige Mutter erst Teilzeit arbeiten, wenn das jüngste Kind 10 Jahre alt ist, und Vollzeit, wenn es 16 wird. Bis dahin müsste der Kindsvater also Unterhaltszahlungen leisten.

Ruf nach einem staatlichen Unterhaltsbetrag

fon. · Der Anstoss, das Unterhaltsrecht neu zu regeln, ging ursprünglich von der Kritik am Umgang mit Mankofällen aus. Dabei handelt es sich um Situationen, bei denen das Familieneinkommen nach der Scheidung nicht für zwei Haushalte reicht. Nach geltendem Recht behält der unterhaltspflichtige Mann in jedem Fall das Existenzminimum, während die Frau Sozialhilfeelder für sich und die Kinder

allen auf linker Seite. Eine Minderheit schlägt nun vor, dass jedes Kind einen gesetzlichen Anspruch auf einen minimalen Unterhaltsbetrag erhält. Dieser wäre in Mankofällen, wo der Vater nicht zahlen kann, von den Kantonen zu bevorschussen. Allerdings könnten die Kantone das Geld vom Vater gar nicht zurückfordern, da dessen Existenzminimum geschützt ist. Letztlich hiesse das

Auch bei den geschiedenen Eltern bewirkt das neue Unterhaltsrecht in gewissen Fällen finanzielle Verschiebungen. Das hängt damit zusammen, dass der Zeitaufwand für die Betreuung des Kindes künftig nicht mehr beim nachehelichen Unterhalt der Ehefrau, sondern neu beim Beitrag für das Kind zu berücksichtigen ist. Der Mann muss also mehr Unterhalt für das Kind und weniger für seine Ex-Frau zahlen, wobei der Gesamtbetrag laut Bundesrat im Ergebnis gleich hoch bleiben soll.

Mehr Geld bei Wiederheirat

Das gilt jedoch nicht immer. Geht etwa die geschiedene Mutter eine neue Ehe ein, muss ihr der Ex-Mann zwar keinen Unterhalt mehr zahlen, aber weiterhin den vollen Beitrag für das Kind ausrichten – und damit mehr zahlen, als dies heute bei einer Wiederverheiratung der Fall ist. Handkehrum können auch Frauen künftig schlechter fahren. Denn